

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Gernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Schaele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 214

Mittwoch, den 14. September 1927

101. Jahrgang

Keine Besprechung der Locarno-Mächte?

Verdächtige Verschleppungsmanöver

Ul Genf, 14. Sept. Der Zusammentritt der Locarno-Mächte noch vor der für Ende dieser Woche vorgesehenen Abreise Chamberlains und Briands scheint nach der gegenwärtigen Lage zweifelhaft zu werden. Von französischer und auch englischer Seite zeigt man wenig Neigung, zu einem Zusammentritt der Locarno-Mächte, da man hierbei scheinbar eine Aufrollung der Rheinlandfrage von deutscher Seite befürchtet. Die Verhandlungen hierüber sind gegenwärtig noch im Gange.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß von deutscher Seite das Zustandekommen einer Besprechung der Locarno-Mächte dringend erwünscht erscheint, da hierbei möglicherweise zum letzten Mal auf der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundes die Gelegenheit gegeben sein werde, bei den alliierten Außenministern noch einmal eindringlich auf die Erfüllung der Deutschland gegebenen Rückwirkungsverpflichtungen hinzuweisen.

Das Verhalten der alliierten Locarno-Mächte ist recht durchsichtig und entspricht durchaus ihrer bisherigen ablehnenden Haltung. Im März d. J. verbot Briand die innerpolitische Lage eine Aussprache über die Rheinlandbesatzung, im Juni eine Augenentzündung, im September will man nicht zusammenkommen, weil die kleinen Mächte protestierten. Im Dezember wird Briand Grippe haben, und im März muß er sich für den bevorstehenden Wahlkampf rüsten, im Juni 1928 ist in Frankreich Kabinettskrise und das alles auf Kosten des Rheinlandes und des Friedens. Die Franktireur-Enquete kann nicht stattfinden, weil Wanderverbes innerpolitische Situation es nicht erlaubt, die allgemeine Abrüstung muß verschoben werden, weil für das künstlich gemachte Sicherheitsproblem noch keine Frankreich befriedigende Lösung gefunden ist. Inzwischen werden in Belgien verschiedene Heubdenkmäler eingeweiht und mit Kränzen geschmückt, Herbstmanöver finden statt, und neue Flottenbauprogramme werden genehmigt.

Die Verminderung der englischen Besatzungstruppen.

Ul London, 14. Sept. Offiziell wird mitgeteilt, daß die Frage der Zurückziehung eines Teiles der britischen Besatzungstruppen auf Grund des englisch-französischen Uebereinkommens nunmehr im Einzelnen geregelt wurde. Danach wird ein Bataillon Infanterie in Stärke von 700 Mann

zurückgezogen, ferner 800 Mann aus anderen Formationen sowie ein Duzend Stabsoffiziere. Durch die Zurückziehung des Bataillons Infanterie wird nunmehr auch die zweite Rheinbrigade auf 3 Bataillone reduziert.

Minderheitenschutz und Flüchtlingsfrage

Mahnworte Dr. von Rheinbaben.

Ul Genf, 14. Sept. In der gestrigen Sitzung der fünften Kommission, die sich mit Fragen des Minderheitenschutzes, der Flüchtlings- und der Opiumfrage befaßt, nahm heute der deutsche Delegierte Dr. von Rheinbaben das Wort. Er führte insbesondere aus, daß es nicht genüge, wenn in den Kommissionen nur die Einstimmigkeit über das Prinzip festgestellt wird, ohne sich Rechenschaft abzulegen, wie es sich in der Praxis auswirkt. Wenn man nach dem Anfang der erstatteten Berichte urteilen würde, so könnte man annehmen, daß in den verhandelten Fragen eigentlich nichts mehr zu tun sei. Er forderte alsdann ein beschleunigteres Tempo für die in Angriff genommenen Aufgaben und das umsomehr, als gerade jetzt auch bei aufrichtigen Völkerbundsmitgliedern Zweifel aufgetaucht seien, ob die Instanzen des Völkerbundes auch den genügenden Freimut und die Entschlossenheit besitzen, um den gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Er sollte Dr. Naufen für die von ihm geleistete Flüchtlingsarbeit die Anerkennung der deutschen Regierung und sprach die Erwartung aus, daß die Verhandlungen über die Flüchtlingsfrage endlich zu einer Liquidation des Problems im Interesse einer mehr als eine Million betragenden Anzahl Flüchtlinge, wie auch des so dringend benötigten sozialen Friedens führen möge.

Eine saarländische Delegation in Genf

Ul Genf, 14. Sept. Gestern ist hier eine saarländische Delegation unter Führung von Kommerzienrat Köhling eingetroffen. Auf der Tagesordnung des Völkerbundsrats stehen diesmal zwar keine saarländischen Fragen; die Delegation beabsichtigt jedoch, während der Völkerbundstagung mit den maßgebenden Persönlichkeiten Fühlung zu nehmen und sich laufend über den Gang der Verhandlungen zu informieren. Insbesondere beabsichtigt die Delegation, die deutsche Delegation auf die ernste wirtschaftliche Lage im Saargebiet aufmerksam zu machen und eine eingehende Darstellung der zunehmenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Saargebiet zu geben.

Die französisch-polnische Zusammenarbeit

Die wahren Absichten Frankreichs

Bewerigung der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Situation.

Ul Genf, 14. Sept. Während der gestrigen Nachmittagsdebatte in der Völkerbundskommission für Abrüstungsfragen bezeichnete der Kommissionsvorsitzende, der holländische Delegierte Lauden, ebenso wie der polnische Delegierte Sokal zuvor die Sicherheitsgarantie als Voraussetzung für die Abrüstung. Lauden erklärte zu dem holländischen Antrag, daß dieser nur die Prüfung der drei großen Grundzüge: Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung wünsche und nicht die Wiederaufnahme des Genfer Protokolls bezwecke.

Der polnische Delegierte Sokal begründete in einer längeren Erklärung den der Vollversammlung eingereichten polnischen Resolutionsentwurf. Dabei rückte er den Sicherheitsgedanken ostentativ in den Vordergrund. Sokal erklärte, daß eine Abrüstung ohne vorherige politische Sicherung gegen Kriegsgefahr undurchführbar sei. Die Abrüstungsverhandlungen seien bereits in ein entscheidendes Stadium getreten. Ihre Schwierigkeiten aber lägen vor allem noch in der Unklarheit der politischen Verhältnisse und der Furcht vor dem Kriege, die vielfach noch sehr auf der öffentlichen Meinung laste. Die Regierungen würden allein durch die Furcht vor einem Angriff zur Aufrechterhaltung ihrer Militäraufgaben gezwungen. Erst müsse die nationale Unabhängigkeit und die territoriale Sicherheit gewährleistet sein. Das sei der entscheidende Punkt im gesamten Abrüstungsproblem. In diesem Sinne sei der polnische Antrag aufzufassen.

In einer groß angelegten Rede verteidigte gestern Paul Boncour den Sicherheitsgedanken als den Mittelpunkt des Abrüstungsproblems. Ein Mißerfolg auf dem

Gebiete der Abrüstung bedeute für den Völkerbund einen Bankrott. Das Genfer Protokoll sei keineswegs unklar. Locarno stelle ein Fragment des Protokolls dar. Die Gegenstände in der Abrüstungsfrage beruhten nur darauf, daß der Sicherheitsgedanke noch immer keine Lösung gefunden habe. Alle Abrüstungsverhandlungen könnten erst von dieser Lösung ausgehen. Die technischen Abrüstungsfragen seien dagegen bedeutungslos. Sollte heute eine Abrüstungskonvention wirklich zustandekommen, so müßten in dieser zahlenmäßig die Rüstungen der einzelnen Länder aufgenommen werden. Das würde ohnehin wieder die öffentliche Meinung aufs schwerste erschüttern. Anstelle einer Abrüstung hätte man nur wieder eine Aufrüstung. Die Verbindung zwischen Abrüstung und Sicherheit müsse wieder hergestellt werden. Mit der Ablehnung des Genfer Protokolls sei auch die Sicherheitsgarantie zunichte gemacht worden. Eine Abrüstung sei heute auch deshalb nicht vorhanden, weil kein geeigneter Organismus für die internationale Sicherheit vorhanden sei.

Die gestrigen Erklärungen Paul Boncours im Abrüstungsausschuß des Völkerbundes wurden gestern abend in allen Delegationskreisen lebhaft erörtert. Allgemein ist die weitgehende Unterstützung aufgefallen, die Paul Boncour dem polnischen Delegierten in der Forderung auf weitere Sicherheitsgarantien gewährt hat. Von deutscher Seite muß die von Paul Boncour geltend gemachte Forderung auf Organisierung der internationalen Sicherheit als ein neuer Vorstoß zur Bewerigung der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Zerstückelung Deutschlands aufgefaßt werden. Der von französisch-polnischer Seite während der gegenwärtigen Genfer Tagung immer wieder geltend gemachte Hinweis auf die Gefährdung des Friedens und im Zusammenhang damit auf den Abschluß von allgemeinen Kontin-

Tages-Spiegel

Die geplante Zusammenkunft der Locarno-Mächte in Genf soll anscheinend vermittels der bekannten Verschleppungstaktik der Alliierten wieder vertagt werden.

In der gestrigen Abrüstungsdebatte zeigte sich deutlich das enge Zusammenwirken zwischen Frankreich und Polen in der Sicherheitsfrage.

Paul Boncour legte in Genf die ablehnende Haltung Frankreichs in der Abrüstungsfrage dar.

In englischen Kreisen ist man sehr verstimmt über die Wiederaufrollung der Frage des Genfer Protokolls durch Boncour.

In Kreisen der kleineren Völkerbundsmächte erwartet man, daß Dr. Streseman in der Vollversammlung zur Abrüstungsfrage sprechen werde.

talen Sicherheitsverträgen kann nur dahin verstanden werden, daß der im Versailler Vertrag geschaffene Zustand und insbesondere die deutschen Grenzsicherungen im Osten für die Zukunft unverändert und durch eine Beteiligung Deutschlands an derartigen Sicherheitsverträgen endgültig garantiert werden sollen. Die fortgesetzte Betonung der Bedrohung des Friedens und die Schaffung der internationalen Sicherheitsgarantie kann nur als ein Mittel aufgefaßt werden, um in Genf bereits eine Atmosphäre zu schaffen, die in der Zukunft den Abschluß von weitgehenden Sicherheitsverträgen mit Deutschland ermöglichen soll.

Moskau wünscht Garantieverträge

Ul Riga, 14. Sept. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das politische Büro unter dem Vorsitz Stalins eine Konferenz über die Außenpolitik der Sowjetregierung abgehalten. Tschitscherin berichtete über die außenpolitische Lage. Das politische Büro billigte die Politik des Außenkommisariats, insbesondere die Absicht mit Frankreich, Italien und der Türkei Garantieverträge abzuschließen.

Moskau rechnet mit Lettlands Opposition gegen eine baltische Union.

Ul Warschau, 14. Sept. Wie aus Moskau gemeldet wird, widmet die amtliche „Iswestija“ den Genfer Bemühungen um das Zustandekommen einer baltischen Union einen längeren Artikel. In diesem wird betont, daß Lettland die englischen Bestrebungen nach einem gegen Sowjetrußland gerichteten Zusammenschluß der baltischen Staaten nicht unterstützen werde. Nach der „Iswestija“ könnte eine baltische Union nur dann zustandekommen, wenn zuvor jeder baltische Staat seine wirtschaftlichen Grundlagen durch einen Wirtschaftsvertrag mit Sowjetrußland festigen würde.

Erdbebenkatastrophe auf der Krim

100 Opfer des Erdbebens.

Ul Riga, 14. Sept. Aus Moskau wird amtlich gemeldet, daß durch ein Erdbeben in Südrußland, besonders die Städte Simferopol, Alushta, Livadia, Feodosia und Balaklawa gelitten haben. Insgesamt sind dem Erdbeben über hundert Menschen zum Opfer gefallen. Die Telephonverbindung zwischen Sebastopol und Simferopol ist unterbrochen. Bei Balaklawa kenterte ein griechischer Dampfer. Die Manöver in Südrußland sollen abgesagt werden, da die Truppen zu Aufräumarbeiten herangezogen worden sind.

Das Leningrader Observatorium verzeichnet ein Erdbeben in einer Entfernung von 7000 Kilometern, dessen Herd man in Japan vermutet.

Taisunkatastrophe in Japan.

Ul London, 14. Sept. Wie aus Tokio berichtet wird, sind durch riesige Fluten in Tsushima schwere Ueberschwemmungen verursacht worden. Tausende von Personen sind ertrunken. Die Verbindungen sind vollständig unterbrochen und man befürchtet, daß die niedriger gelegenen Teile der Insel vollkommen weggerissen werden könnten. Die Boote an der Küste wurden durch die Fluten in die Stadt getrieben. Hunderte von Fischerbooten sind verloren. Die Katastrophe wird auf ein Meeresbeben einige Meilen von der Küste entfernt zurückgeführt. Nagasaki und einige andere Städte wurden von einem schweren Taifun heimgesucht. Zahlreiche Häuser sind zusammengebrochen und die telephonischen Verbindungen sind unterbrochen.

Die Konferenz der baltischen Außenminister in Genf

U. Genf, 13. Sept. In den letzten Tagen haben mehrere Zusammenkünfte zwischen den gegenwärtig in Genf anwesenden Außenministern der baltischen Randstaaten stattgefunden, an denen der lettlandische Außenminister Zeelens, der estländische Außenminister Kfel, der litauische Ministerpräsident Woldemaras und der erste Delegierte Finnlands beim Völkerbund, Prof. Erich, teilgenommen haben. Wie die U. von zuverlässiger Seite erfährt, ist in diesen Gesprächen eingehend das Projekt einer Neutralisierung der vier baltischen Randstaaten erörtert worden. Dieser Plan wird gegenwärtig besonders von dem lettlandischen Außenminister Zeelens und dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras vertreten. Der gegenwärtig zwischen den baltischen Außenministern erörterte Gedanke einer Neutralisierung der baltischen Randstaaten sollte in der Weise verwirklicht werden, daß diese Garantie der Neutralität einerseits durch die großen europäischen Westmächte (England, Frankreich, Deutschland), andererseits durch Rußland gesichert wird. In der Aussprache hat der litauische Ministerpräsident Woldemaras darauf hingewiesen, daß der im vorigen Jahre zwischen Litauen und der Sowjetregierung abgeschlossene Vertrag bereits die Garantie der Unverletzlichkeit Litauens enthält. In den Verhandlungen hat der estländische Außenminister betont, daß ein allgemeiner Nichtangriffspakt zwischen den vier baltischen Randstaaten einerseits und Sowjetrußland andererseits empfehlenswert wäre. Der finnländische Delegierte hat dagegen darauf aufmerksam gemacht, daß Finnland als skandinavische Macht sich einem Projekt der Neutralität der baltischen Randstaaten mit Einfluß Finnlands nicht anschließen könne.

Die Verhandlungen über die Frage, die sich gegenwärtig noch in einem vorbereitenden Stadium befindet, sollen in der nächsten Zeit in Riga fortgesetzt werden. In den letzten Tagen haben mehrfach Fühlungen zwischen den baltischen Außenministern und Chamberlain und Briand stattgefunden, wobei jedoch dieser Gedanke nur in allgemeinen Zügen berührt worden ist.

Lettland für ein baltisches Votum.

U. Genf, 13. Sept. Der lettlandische Außenminister Zeelens äußerte sich vor der Presse über die außenpolitischen Bestrebungen Lettlands. Er wies zunächst auf die Verhandlungen mit Moskau über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes hin, für den die Grundlinien im März d. J. vereinbart worden seien. Beide Staaten verpflichteten sich, nicht zum Angriff gegeneinander zu schreiten und an keiner Koalition dritter Mächte, die gegen eines der vertragsschließenden Länder gerichtet sei, teilzunehmen, ebenso wenig ihre Unterstützung einem anderen Staate im Falle eines Angriffs zu gewähren. Ferner verpflichteten sich beide Staaten, Differenzen mit friedlichen Mitteln zu regeln. Die lettlandische Regierung führe gegenwärtig mit der Sowjetregierung Verhandlungen über eine zweite Konvention zur Regelung von Streitigkeiten, wobei die Einsetzung einer paritätischen Kommission vorgesehen sei. Der Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion stelle noch keinen Garantiepaß dar, jedoch sei der Abschluß eines allgemeinen breiteren Abkommens zur Garantierung des Friedens und der Sicherheit in Aussicht genommen, und zwar zwischen den baltischen Staaten einerseits und einigen anderen an der Aufrechterhaltung des Status quo im Baltikum interessierten Mächten. Zeelens betonte weiter die engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Lettlands zu Estland, wie es auch seine Beziehungen zu Litauen weiter entwickeln wolle. Wenn auch eine so enge Zusammenarbeit mit Finnland nicht möglich sei, so beständen doch eine Reihe von Problemen, die ein engeres Zusammengehen sämtlicher Randstaaten erforderlich mache. Es sei wünschenswert, daß die baltischen Randstaaten im Völkerbund vertreten seien. Daher werde auch die Kandidatur Finnlands von ihnen unterstützt. Ueber die Beziehungen zu Polen bemerkte der Minister, daß der Abschluß eines Handelsvertrages bevorstehe. Er freue sich, feststellen zu können, daß Polen alle Anstrengungen mache, um den Frieden im Osten Europas zu stabilisieren.

Woldemaras bei Stresemann.

U. Berlin, 13. Sept. Wie die Morgenblätter aus Genf melden, fand gestern die angekündigte zweite Aussprache zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras statt. Die Unterredung, die längere Zeit dauerte, bezog sich auf die Memel-Vorgänge und die mit dem Memelgebiet zusammenhängenden Streitfragen.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfing darauf den lettlandischen Außenminister, Zeelens, zu einer längeren Aussprache.

Ein polnisch-russischer Garantievertrag

U. Berlin, 13. Sept. Der A. D. D. erfährt aus gut unterrichteten Kreisen, daß die polnische Diplomatie sich gegenwärtig ernstlich mit dem Gedanken trage, der Sowjetregierung die Enthaltung Polens von jeglichen antikommunistischen Plänen zu garantieren gegen ein sowjetrussisches Desinteressement an der Witnfrage. Polen sei entschlossen, sein Genfer Piazko durch eine neue Schenkung nach der sowjetrussischen Seite hin weitzumachen und zwar durch die Anerkennung des russisch-litauischen Garantievertrages von 1926. Von einer solchen Politik verspreche man sich einen polnisch-russischen Garantievertrag nach dem Muster des Berliner Vertrages.

Die Wahlen in Jugoslawien

Das Ergebnis der Skupstina-Wahlen.

U. Agram, 13. Sept. Nach den bis zur Stunde auf Grund von Privatmeldungen vorliegenden Ergebnissen der Skupstina-Wahlen ergibt sich folgende Mandatsverteilung: Radikale 111, davon 24 Pafschanahänger; Demokraten 68; Radikalanhänger 60, Unabhängige Demokraten 23, Slowenische Volkspartei 19, Landarbeiter 9, Deutsche 7, Kroatische Blok 5, Sozialisten 1. Die Wahlen sind im ganzen Staat ziemlich ruhig verlaufen. Zwischenfälle haben sich nirgends ereignet.

Absolute Majorität der bisherigen Koalition.

Aus den bisher bekannt gewordenen Wahlergebnissen geht hervor, daß die Koalition der Radikalen und Demokraten eine absolute Majorität in der Skupstina errungen hat. Man glaubt, daß diese Koalition auch weiterhin bestehen bleiben wird. Vorerst wird es allerdings notwendig sein, daß die radikale Partei, die bei der Wahl 32 Mandate eingebüßt hat, ihre inneren Zwistigkeiten erledigt. Das gleiche wird auch von der demokratischen Partei vorausgesetzt. Ministerpräsident Buftschenditsch erklärte gestern den Journalisten gegenüber, er sei mit dem Wahlergebnis zufrieden.

Kleine politische Nachrichten

Befolungsreform auch für die Beamten der Reichsbahn.
Wie die Tel.-U. erfährt, wird die Reichsbahn der von der Reichsregierung beschlossenen Befolungsreform auch für ihre Beamten folgen. Der Verwaltungsrat der Reichsbahn wird in etwa 14 Tagen zusammentreten, um die entsprechenden Beschlüsse zu fassen. Eine Reform, wie sie für die Reichsbeamten beschlossen worden ist, bedeutet bei gleichem Vorgehen für die Beamten der Reichsbahn eine Mehrausgabe von 180 Millionen Mark und darüber.

Besprechungen über die Fundierung der französischen Schulden in Amerika.
Wie aus New York gemeldet wird, hat eine Konferenz zwischen dem Schatzsekretär Mellon, dem Generalagenten für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert und dem Gouverneur der Federal Reserve Bank, Strong, stattgefunden. Wie verlautet, soll die neue Fundierung der französischen Schulden in Amerika besprochen worden sein. Das amerikanische Schatzamt verlange vor einer solchen Maßnahme Schritte der Regierungen, die ihre Schulden bei den Vereinigten Staaten bisher noch nicht fundiert haben.

Zunehmende Spannung in der Mandchurie.
Die Lage in der Mandchurie spitzt sich von Tag zu Tag zu. Demonstrationen gegen die japanischen Annektionswünsche. Oft muß Polizei einschreiten, um Japaner oder japanische Geschäfte vor den Demonstranten zu schützen. Trotzdem verlaufen die chinesisch-japanischen Verhandlungen über die wirtschaftliche Ausbeutung der Mandchurie durchaus normal. In chinesischen Regierungskreisen beobachtet man die Entwicklung in der Mandchurie mit großem Ernst, da bei Ausbruch von Unruhen Japan noch weitere Teile der Mandchurie beisehen dürfte.

Aus aller Welt

Schwimmende Omnibusse auf dem Rhein.

Der seit langem geplante Schnellbootverkehr zwischen Köln und Königswinter (Siebengebirge) ist eröffnet worden. Der Verkehr wird zunächst mit einem Boot durchgeführt; die übrigen Schiffe sollen im Laufe des Winters fertiggestellt sein. Es handelt sich um einen Bootstyp, der einen schwimmenden Omnibus gleicht. Der Innenraum enthält 15 gepolsterte Sitze in Fahrtrichtung; große Fenster bieten nach allen Seiten freien Ausblick. Vor und hinter der Kabine sind weitere Räume vorhanden, die 6 bzw. 7 Personen bequem Platz bieten. Das Boot ist mit einem 60 PS-Motor ausgerüstet und entwickelt Stromaufwärts 16, stromabwärts 50 km Geschwindigkeit.

Großer Schaden durch eine Windhose.

In Ruiningen in der Provinz Seeland (Holland) richtete eine Windhose großen Schaden an. Zahlreiche Obstbäume wurden entwurzelt, Dächer abgedeckt und Fenster zertrümmert. Der Sturm dauerte bloß 2 Minuten.

Ein Autobus in eine Schlucht gestürzt.

Eine schreckliche Automobilkatastrophe ereignete sich in der Nähe von Komwo. Ein Passagierauto mit 15 Insassen fuhr von Wilkam nach Komwo. Als der Wagen eine sehr steile Stelle der Eaufersee passierte, verlor die Bremse, sodaß der schwerbeladene Wagen rückwärts rollte und in eine tiefe Schlucht abstürzte. 10 Personen waren auf der Stelle tot, 6 wurden schwer verletzt.

Aus Württemberg

Landesversammlung des Württ. Krankenkassenverbandes.

Zu der Landesversammlung des Württ. Krankenkassenverbandes in Rottweil hatten sich 300 Delegierte der einzelnen Orte aus dem ganzen Lande eingefunden. Die öffentliche Landesversammlung wurde eingeleitet durch eine längere Begrüßungsansprache des Verbandsvorsitzenden Kärger. Als Vertreter des Wirtschaftsministeriums, der Oberversicherungsämter Stuttgart und Sigmaringen, der Landesversicherungsanstalt Württemberg, des Hauptversorgungsamtes Stuttgart und des Württ. Landesamtes für Arbeitsvermittlung würdigte Regierungsrat Gögler-Stuttgart die Leistungen und Fortschritte der Sozialversicherung und wünschte der Tagung guten Verlauf. Vertreten waren u. a. Organisationen auch der Metzgerei, der Landwirtschaftliche Hauptverband sowie das Kartell der christlichen und freien Gewerkschaften. Ferner waren erschienen die Landtagsabg. Vöck, Danael, Bengler, Albert Kläber, Herr-

mann, Pflüger, Schued, Ströbele und Weimer, Verbandsdirektor Elwert-Stuttgart erstattete den umfangreichen Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht des Verbandes. In einem weiteren Referat sprach Verbandsdirektor Elwert über die Stellung der Krankenkassen in der Deckungsfrage. Er kam hierbei auf die Unstimmigkeiten zu sprechen, die sich bei einzelnen Klassen des Landes in der letzten Zeit ergeben haben und deren Verwaltungen. Die Revisionen werden dazu beitragen, Ordnung zu schaffen. An das Referat schloß sich eine längere Diskussion an. Das letzte Referat betraf die Frage der Errichtung von Landkrankenkassen in Württemberg. Diese wurden mit überwiegender Mehrheit als nicht zweckmäßig abgelehnt.

Aus Stadt und Land

Calw, den 14. September 1927

Die Ergebnisse der Reichswohnungszählung in Calw.

Die Ergebnisse der Zählung vom 16. Mai 1927 liegen für die Gemeinden mit über 5000 Einwohnern jetzt vor. Von besonderem Interesse sind die nachstehenden Resultate. In den 55 Erhebungsgemeinden gab es 11 008 Haushaltungen (= 4,1 Prozent aller) mit keiner eigenen Wohnung, aber mit selbständiger Hauswirtschaft (z. B. Familien in Untermiete), ferner 5681 Familien, die keine eigene Wohnung haben und keine eigene Hauswirtschaft führen (z. B. Eltern, die mit ihren verheirateten Kindern zusammenleben). Im Durchschnitt der 55 Gemeinden entfallen auf 100 Wohnungen 6,5 folche „zweite und weitere Haushaltungen“ und „weitere Familien“. Nach diesem Maßstab gemessen liegen die Wohnungsverhältnisse in Stuttgart am ungünstigsten. Die Gesamtzahl der Wohnungen überhaupt beträgt in diesen 55 Gemeinden 255 761; nur 1362 oder 0,53 Prozent von ihnen stehen leer.

In Calw betrug bei einer Wohnbevölkerung von 5681 Menschen am 16. Juni 1925 die Zahl der bei der Wohnungszählung vom 16. Mai 1927 ermittelten Wohnungen 1427. Davon waren 1407 bewohnt und 20 (= 1,40 Prozent) leerstehend. Haushaltungen waren es 1427, von denen 20 gleich 1,4 v. H. keine eigene Wohnung hatten. Daneben gab es in Calw noch 27 weitere Familien, die weder eine eigene Wohnung hatten, noch einen eigenen Hausstand führten, auf je 100 Haushaltungen also 1,9 folcher Familien. Zusammen betrug demnach die Zahl der „zweiten und weiteren Haushaltungen“ und der „weiteren Familien“, die sämtlich keine eigene Wohnung haben, 47, was auf je 100 Wohnungen 3,3 Prozent (Landesdurchschnitt 6,5) ausmacht.

Die Ragold bei Hochwasser.

In Ragold ist die nachfolgende, sehr interessante Berechnung über das Mitführen fester Stoffe durch den Fluß bei Hochwasser aufgestellt worden: Bei starken, wolkenbruchartigen Niederschlägen führt die Ragold im Liter Wasser bis $\frac{1}{2}$ Gramm feste Bestandteile. Das macht unterhalb der Waldbachmündung an einem Tage gegen 5000 Tonnen, d. h. 100 000 Zentner oder 333 normale Güterwagenladungen aus, wozu noch etwa 900—1000 Zentner (3 Wagenladungen) im Wasser gelöste Erde treten. Man sollte es kaum für möglich halten, daß solche riesige Mengen fester Stoffe durch die Ragold abgeführt werden. Die weiche Bodenbeschaffenheit im Waldbach, Stelnach und einem Teil des oberen Ragoldgebietes erklärt dies ohne weiteres, da die Wirkung des Wassers, wie man bei Hochwasser leicht beobachten kann, eine doppelt-eroderende, d. h. vertiefende, ausspülende und abrodierende, seitlich auswaschende ist.

Vom Rathaus Altensteig.

Hermann Zeitbörs, Metzger, hat durch Beschluß des Bezirksrats die Erlaubnis erhalten, im Schlachthaus eine Schankwirtschaft zu betreiben. — Der Oberpostdirektion wurden vom Stadtschultheißenamt aus Wünsche zur Verbesserung der Fahrgelegenheit mit dem Postauto von Altensteig nach Simmersfeld und Dornstetten über den Winter, unterbreitet. — Das Oberamt teilt mit, daß Frh. Panjelmann in Simmersfeld entgegen seiner Ankündigung, mit seinem Lastkraftwagen auf der Strecke Altensteig-Simmersfeld, nicht regelmäßig, sondern nur nach Bedarf fahre. Da hierzu eine Genehmigung nicht erforderlich ist, wird die in der letzten Sitzung abgegebene Äußerung hinfällig. — Es wird an der in der letzten Sitzung begonnenen Vorschlagsberatung für 1927 fortgeführt. Es betragen die Einnahmen 379 161 M., die Ausgaben 520 660 M., so daß sich ein Abmangel von 141 499 M. ergibt. Wird die Unzulänglichkeiten von 8620 M. aus der Restmittelpberechnung auf 31. März 1927 hinzugerechnet, so berechnet sich der Gesamtmanangel auf rund 148 000 M. Als Deckung ist vorgeschlagen: 1. Schuldaufnahme: 51 000 M. und zwar für Gewerkegebäude, Herstellung des Tannbachweges, Feldbereinigung 3, je 10 000 M., Kanalisation in der Stadt 18 000 M., Wasserversorgungs-Erweiterung 8000 M.; 2. Zuschuß aus dem Ausgleichsstock und Staatsbeitrag zu den Lehrsregeßtern 16 000 M.; 3. Gemeindeumlage zu 25 Prozent, Ertrag 81 000 M. Da allgemein die Ansicht vertreten wird, eine 25proz. Umlage sei nicht tragbar, wird der Gemeindeumlage auf 21 Prozent festgesetzt. Es seien nachstehend noch die wichtigsten Posten des Vorschlags aufgeführt: Waldungen: Einnahmen 200 800 M., Ausgaben 91 800 M.; Elektrizitätswerk: Einnahmen 91 800 M., Ausgaben 88 000 M. (hierunter 29 100 M. Schuldzinsen und Tilgung); Geldvermögen: Einnahmen (Kaufpreise und Kapitalzinsen) 4500 M., Ausgaben (Kaufpreise und Kapitalkschulden) 34 700 M.; Steuern und Abgaben: Einnahmen 41 400 M. (ohne Gemeindeumlage 21 Proz. 67 900 M.), Ausgaben 47 300 M.; Besoldungen: Ausgabe 32 400 M.; Schulden: Einnahmen 4900 Mark, Ausgaben 57 500 M.; Gesundheits- und Wohlfahrtspflege: Einnahmen (Beerdigungsgebühren, Tierarztgebühren, Anteil der Amtskörperschaft, Schlachthausgebühren, Wasser-

gins usw.) 21 500 M, Ausgaben (Arzte, Diakonin, Friedhof, Schlachthaus, Wasserversorgung, Anlagen) 35 000 M; Sicherheitspolizei: Einnahmen 900 M (Geldstrafen, Unfallmeldestelle), Ausgaben 10 000 M; Straßen und Wege: Ausgaben 51 650 M. — Es wird jetzt schon darauf hingewiesen, daß die Erhöhung des Gemeindefinanzbedarfes um 6 Proz. (1926: 15 Proz., 1927: 21 Proz.), die Vollziehbarkeitserklärung der vorgelegten Behörde vorausgesetzt, ab 1. April 1927 eine Steigerung der Miete zur Folge hat. Eine Umlagesteigerung von 1 Prozent kommt $\frac{1}{4}$ Prozent der Friedensmiete gleich, also bei 6 Prozent Umlagesteigerung beträgt die Miete nicht wie bisher 110 Prozent der Friedensmiete, sondern 114,5 Prozent der Friedensmiete. — Auf Veranlassung des Ministeriums des Innern und aus veterinärpolizeilichen Gründen wird beschlossen: Bezüglich der hier stattfindenden Viehmärkte zu bestimmen, daß dem für den Auftrieb bestimmten Vieh Begleiter beigegeben sind, die imstande sind, ein Stück Rindvieh festzuhalten und ihm das Maul zu öffnen. Da das Vieh ohne sichere Festhaltung und Öffnung des Mauls, durch den beamteten Tierarzt nicht ordnungsmäßig untersucht werden kann, wird weiter bestimmt, daß beim Fehlen eines geeigneten Begleiters die Nichtzulassung auf den Markt zu gewärtigen ist. — Der Bezirksrat hat für den im Juni 1926 erworbenen Zuchtfarren einen Anschaffungsbeitrag von 81 M genehmigt, außerdem wurde für den Farren bei der letzten staatlichen Zuchtviehschau ein 3. Staatspreis von 30 M, welche dem Farrenwärter, der die Transportkosten bestreiten mußte, überlassen werden, bewilligt. — Für einen von den städtischen Holzauern gefällten Grenzstamm im Stadtwald Tannbach und Gemeindefeld Hochdorf wird der Gemeinde Hochdorf eine Entschädigung von 111 M (hälftiger Erlös) gewährt. — Die Gewerbeamt hier stellt mit Schreiben vom 22. August den Antrag auf Aufwertung der in der Papiermarkzeit entstandenen Forderungen an die Stadtgemeinde aus Kontokorrentverkehr. Das Gesuch wird nach längerer Beratung zurückgestellt. — Von der Ministerialabteilung für die Fachschulen ist am 3. September ein weiterer Lehrer für die hiesige Gewerbeschule zugeteilt worden. — Es erfolgt die Durchsicht der Rechnungen der Stadtpflege, Ortsfürsorgeverwaltung, Schulkasse und der Elektrizitätswerkverwaltung für das Rechnungsjahr 1924. — Die Bürgergasse wird dahin eingeschränkt, daß den über 60 Jahre alten Nutzungsbürgern ab 1. April 1927 auf Lebenszeit 10 M jährlich gewährt werden.

Nichtigstellung.

In der gestern veröffentlichten Rede des Reichsfinanzministers über die Beamtenbesoldungsreform ist bei der Nachrichtenübermittlung ein Fehler unterlaufen. Das Endgrundgehalt (nicht Anfangsgrundgehalt) in Gruppe 8 soll auf 5000 RM., also um 900 RM. erhöht werden.

Schlingengesellschaft Calw.

In dem Bericht über das Gründungsjubiläum in der gestrigen Ausgabe ist die Aufstellung der Preissträger dahin zu berichtigen, daß es unter Festscheibe 300 m l. Person, Friedrich (nicht Erich) heißen muß.

Weiter für Donnerstag und Freitag.

Süddeutschland liegt im Bereich des westlichen Hochtrucks. Im Norden befinden sich mehrere Depressionen. Unter diesen Umständen ist für Donnerstag und Freitag zeitweise aufheiterndes, in der Hauptsache trockenes Wetter zu erwarten.

*

wp. Nagold, 13. Sept. Mit Stimmenmehrheit wurde vom Gemeinderat beschlossen, die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft zurückzustellen.

SEB. Ebhausen, 13. Sept. Als der Pfälzerer Walz mit seinem 1½ Jahre alten Enkelkind einen Kraftfahrer kommen sah, sprang er nach dem Kinde. Er wurde von der Lenkstange des Rades erfasst und zu Boden geschleudert, so daß er eine Gehirnerschütterung davontrug. Er wurde sofort ins Bezirkskrankenhaus Nagold verbracht.

SEB. Pforzheim, 13. Sept. Ede Dillsteiner- und Engstraße stehen ein Personenauto und ein Radfahrer zusammen. Letzterer kam zu Fall und trug eine Gehirnerschütterung und einige äußere Verletzungen davon. Der

Führer des Autos soll nach Zeugnisaussagen zu schnell gefahren sein. Er fuhr nach dem Unfall davon, ohne sich um den Verletzten zu kümmern.

SEB. Forth a. N., 13. Sept. Am Sonntagabend fuhr oberhalb der Raugen Stiches-Markung Regingen ein Motorradfahrer, wohnhaft in Feuerbach, mit seinem Bruder, von Richtung Freudenstadt kommend, auf ein Auto von Mittensteig, das mit 20 Personen besetzt war, auf. Das Auto wurde beschädigt und konnte nicht mehr weiterfahren. Auch das Motorrad wurde sehr stark beschädigt.

SEB. Sindelfingen, 13. Sept. In der Nähe von Mächingen ereignete sich nachts ein schweres Automobilunglück. Zur Heimfahrt vom 30jährigen Stiftungsfest des Magstadter Turnvereins benützten sieben Mitglieder des hiesigen Turnerbundes ein Auto von Magstadt. Kurz nach Mitternacht kam das Auto vom Wege ab und begrub im Sturz fünf Turner unter sich. Erst durch das zufällige Eintreffen von zwei Radfahrern gelang es den heil Gebliebenen, die Verletzten aus ihrer lebensgefährlichen Lage zu befreien und ihre Ueberführung ins hiesige Krankenhaus zu veranlassen. Einer befindet sich noch in Lebensgefahr, die übrigen vier erlitten mehr oder weniger schwere Kopf-, Arm- und Beinverletzungen. Die Schuldfrage ist noch unklar.

SEB. Stuttgart, 13. Sept. Gegenwärtig werden alle Personenzüge revidiert. In letzter Zeit soll es häufig vorgekommen sein, daß in die Abteile mehr Gepäc hineingenommen wird, als den Reisenden zusteht. Das Mehrgepäc muß dann aus den Abteilungen entfernt werden und die Eigentümer werden in Strafe genommen. Besonders werden die Monats-, Wochen- und die Arbeiterkarten geprüft, weil in letzter Zeit Fälschungen vorgekommen sind.

SEB. Stuttgart, 13. Sept. Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: Durch die württembergischen Zeitungen ist in den letzten Tagen ein Artikel gegangen mit der Ueberschrift: „Die Vorbereitungen für die Elektrifizierung der Bahnstrecke Ulm-Stuttgart“, in dem ausgeführt wurde, daß im Zusammenhang mit der Elektrifizierung zunächst die gesamte Gleisanlage dieser Strecke mit dem Reichsprofil ausgerüstet werden müsse. Diese Darstellung ist unrichtig. Der Umbau in das Reichsbahnprofil steht mit der Elektrifizierung in keinem Zusammenhang und wird nach einem schon seit längerer Zeit bestehenden Plan nach und nach in einzelnen Teilstrecken ausgeführt. Die Elektrifizierung läßt sich auch auf dem bisherigen G-Profil durchführen. Die an die unrichtige Darstellung sich knüpfenden Berechnungen der Kosten der Elektrifizierung sind damit hinfällig.

SEB. Hohenheim, 13. Sept. In der Sonntagnacht verzeichnete der hiesige Seismograph ein sehr starkes Erdbeben. Der Herd liegt in einer Entfernung von rund 2200 km und befindet sich wahrscheinlich in Kleinasien. Die ersten Erschütterungswellen trafen hier um 11.19.55 Uhr ein. In den darauffolgenden Stunden wurden noch drei schwächere Nachbeben aufgezeichnet. Das stärkste davon war um 4.24.15 Uhr.

SEB. Reutlingen, 13. Sept. Die Handelskammer Reutlingen hielt am 8. d. M. eine Vollversammlung unter dem Vorsitz von Kommerzienrat Gminder ab. Die Schaffung besonderer kaufmännischer Ehrengerichte wurde als dem berufständlichen Wesen des Kaufmannsstandes nicht entsprechend abgelehnt. Das Kammerkollegium nahm erneut gegen die Staatsbetrieblung bei den Jura-Dehlschleiferwerken Stellung. Die Kammer lehnte prinzipiell eine Verlängerung des Besebes betr. Depot- und Depostengeschäfte ab, sie erachtet es jedoch für notwendig, in Zukunft Sorge dafür zu tragen, daß Inhabern von Bankbetrieben, die sich nachweislich als unzuverlässig erwiesen haben, die Ausübung von Depot- und Depostengeschäften untersagt werden kann. Der Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrags wurde von der Kammer begrüßt.

SEB. Honau, 13. Sept. Der württembergische Staatspräsident Bazille ist gestern in Begleitung von Ministerialrat Kößlin zu mehrtägigem Aufenthalt im Althotel Traiselsberg eingetroffen. Ueber die Dauer der in der Gegend manöverierenden badischen Truppen hat der Oberbefehlshaber General der Infanterie Reinhardt aus Kassel mit dem Chef des Stabes, Oberst von Rundscheidt, im Althotel Traiselsberg Quartier genommen.

SEB. Weislingen a. St., 13. Sept. Am Montag fand auf dem hiesigen Bahnhof die gerichtliche Tatbestandsaufnahme des Weislinger Eisenbahnattentatsfalles statt. Die drei Täter mußten vorführen, wie sie die Bremsung, die beinahe zu einem großen Eisenbahnunglück geführt hätte, vorgenommen hatten. Ihre Bestrafung wird durch das Schwurgericht Ulm erfolgen.

SEB. Blaubeuren, 13. Sept. Samstag nacht stürzte eine in der Mitte der 40er Jahre stehende Ehefrau aus einem Fenster ihrer im 3. Stock gelegenen Wohnung in den Garten hinab. Durch einen hellen Schrei aus dem Schlaf aufgeweckt, fanden die Bewohner der angrenzenden Nachbarhäuser die unglückliche Frau bewußlos vor. Nach Verbringung ins Krankenhaus starb die Frau bald darauf an den erlittenen schweren Verletzungen. Ob ein Unfall vorliegt oder ob die Frau in einem Anfall von Schwerkraft den Tod freiwillig gesucht hat, bedarf noch der Aufklärung.

SEB. Heilbronn, 13. Sept. Der 19 Jahre alte Birstenbinder Hermann Niedeke von Waldbach fuhr in der Sonntagnacht mit dem um 10 Uhr in Heilbronn abgehenden Zug nach Hause. Kurz vor der Bahnstation Willsbach wollte er während der Fahrt von einem Wagen zum andern gehen. In diesem Moment passierte der Zug gerade eine Weiche, so daß die Wagen ins Schwanken kamen. Der junge Mann wurde unter den Zug geschleudert und ihm beide Füße vom Körper getrennt. Der Bedauernswerte wurde nach Anlegung eines Notverbandes mit einem Auto ins Krankenhaus nach Heilbronn verbracht. Er dürfte schwerlich mit dem Leben davonkommen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

100 holl. Gulden.	168,67
100 franz. Franken	16,50
100 schweiz. Franken	81,15

Börsenbericht.

An der Börse herrschte gestern wenig Geschäft bei teilweis: nachgebenden Kursen.

R. C. Berliner Produktenbörse vom 13. Sept.

Weizen märk. 257-267; Roggen märk. 247-250; Sommergerste 220-265; Wintergerste 210-217; Hafer märk. 190 bis 208; Mais prompt Berlin 196-197; Weizenmehl 33,33 bis 37,25 Roggenmehl 32,75-34,75; Weizenkleie 15,25; Roggenkleie 15,25; Raps 300-310; Viktoriaerbsen 46-52; Kleine Speiseerbsen 26-29; Futtererbsen 21-22; Feinsojaken 21-22; Ackerbohnen 22-23; Wicken 22-24; Lupinen blaue 15-16; Rapskuchen 16-16,40; Feinkuchen 22,60-23,10; Trockenschmelz 14; Sojabohne 21-20,50; Kartoffelflocken 22,60-23; Tendenz: schwach.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt.

Dem Donnerstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 50 Ochsen, 17 Bullen, 324 Jungbullen, unverkauft 50, 200 (50) Jungrinder, 188 Kühe, 993 Kälber, 2133 (233) Schweine, 1 Schaf, 2 Ziegen. Erlös aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen a 60-64 (lester Markt 61-64), b 52-58 (-), c 40-50, Bullen a 58-55 (unverändert), b 49-52 (49-50), Jungrinder a 63-66 (62-65), b 53-60 (unv.), c 48-52 (unv.), Kühe a 42-51 (unv.), b 32-40 (31-40), c 21-31 (unv.), b 15-19 (unv.), Kälber b 82-85 (82-84), b 76-80 (unv.), b 67-74 (70-74), Schweine a 74-75 (77-78), b 72-73 (76-77), c 72-73 (75-76), b 71-73 (75-76), c 68-70 (73-75), Sauen 57 bis 65 (60-67) M. Marktverkauf: Großvieh mäßig belebt, Ueberstand, Kälber belebt, Schweine ruhig, Ueberstand.

Schweinepreise.

Alten: Milchschweine 17-26 M. — Herrenberg: Milchschweine 22-31, Käufer 42-70 M. — Riedlingen: Milchschweine 20-24, Mutterchweine 140-165 M. — Schweningen: Milchschweine 17-21 M. — Tuttlingen: Milchschweine 13-20 M, je das Stück.

Fruchtpreise.

Laingen: Weizen 12,50-14, Roggen 12,50-13,50, Gerste 11-12,20, Hafer 9-9,50, Weizen 12-12,50 M. — Ravensburg: Korn, neu 15,50, Weizen 12,50-13, Weizen, neu 14,25-14,75, Roggen 13-15, Sommergerste 13, Wintergerste 12,50, Hafer, alt 13-13,90, Hafer, neu 11,50-12, Saatweizen 14,50 bis 15 M. — Ulm: Weizen 12-14,20, Roggen 13, Gerste 11,80 bis 13,20, Hafer 12,50-13,50 M der Zentner.

Die neuen Kinder- und Damen-Kleiderstoffe für Herbst und Winter sind in großer Auswahl eingetroffen. Besichtigung ohne jeden Kaufzwang erbeten.

Paul Räuchle, am Markt, Calw.

Ihren Bedarf an Druckerarbeiten

beden Sie vorteilhaft bei uns, wie bedienen Sie rasch, billig und gut. Lassen Sie sich unsere neuesten Muster vorlegen. —

Tagblattdruckerei

Fernsprecher 9 Calw Lederstraße 151

